

## Verbandsaktivitäten



Dieter Zielinski



Barbara Riekmann



Gerd-Ulrich Franz

Neben vielen anderen wichtigen Fragen fand im GGG-Hauptausschuss der Dialog mit Klaus Zierer über die Defizite unseres Schulsystems seine Fortsetzung.

**Seite 5**

Auf Initiative der Bundesarbeitsgruppe KMK fand ein Gespräch mit Vertreter:innen der AG Oberstufe in der KMK statt. Die Position der GGG: weniger restriktive Vorgaben und mehr Handlungsspielräume für pädagogische Innovationen.

**Seite 6**

Die GGG beteiligt sich am Bürger- rat Bildung und Lernen der Montag Stiftung Denkwerkstatt. Gerd-Ulrich Franz war dabei.

**Seite 7**



Dieser Link führt zu den Artikeln der Rubrik „GGG aktiv“

# Aus dem Hauptausschuss

**Dieter Zielinski**

**Vom 16. bis 18. 9. 22 fand in der Sportschule Duisburg-Wedau die diesjährige Herbsttagung des Hauptausschusses der GGG statt:**

Inhaltlicher Schwerpunkt war die Überlegung, wie die GGG ihrem Aufruf zu einer grundlegenden Bildungsreform und den damit verbundenen 10 Impulsen mehr Geltung verschaffen kann. Für eine Auseinandersetzung hatten wir den Augsburger Professor für Schulpädagogik Klaus Zierer eingeladen, der zuletzt mit seiner Veröffentlichung „Ein Jahr zum Vergessen – Wie wir die Bildungskatastrophe nach Corona verhindern“ auch große öffentliche Aufmerksamkeit erfahren hat<sup>1</sup>. Zur Vertiefung standen uns ferner die ehemalige Leiterin der Schulpreisschule Green in Duisburg, Martina Zilla Seifert, sowie Erhard Schoppengerd von **SCHULE**<sup>3</sup> zur Seite. („Schule hoch drei“ ist ein Bündnis von Schulen an schwierigen Standorten in Nordrhein-Westfalen. Neuland betreten wir, indem wir GGG-Mitgliedern die Möglichkeit gaben, sich technisch dazuschalten und an der Diskussion mit Prof. Dr. Zierer teilzunehmen.

Für uns nicht überraschend waren viele Übereinstimmungen mit Klaus Zierer in Bezug auf die von uns formulierten Erfordernisse einer zukunftsorientierten Schule – allerdings mit unterschiedlicher Bewertung der für uns zentralen Strukturfrage. Die Übereinstimmungen wurden in einer vom Hauptausschuss autorisierten Presseinformation zusammengefasst und können dort nachgelesen werden<sup>2</sup>. Eingeflossen ist auch die eindrucksvolle Beschreibung von Martina Zilla Seifert über die Green-Schule, in der viele der von uns geforderten Veränderungen bereits umgesetzt sind. Mit seiner Beschreibung der Situation der Schulen in schwieriger Lage holte uns Erhard Schoppengerd auf den Boden der Realität zurück. Gerade seine Ausführungen zeigten, dass es nicht ausreicht, wenn an einzelnen Stellen durch engagierten Einsatz Erfolge erzielt werden können. Erforderlich sind grundsätzliche und auch das Schulsystem betreffende strukturelle Veränderungen, um allen Schüler\*innen gleiche Bildungschancen und bestmögliche Schulabschlüsse zu ermöglichen. Uns überrascht immer wieder, wie Wissenschaftler\*innen und auch Politiker\*innen unsere Einschätzung teilen, dann aber nicht bereit sind, in der aktuellen Situation offensiv für dieses Ziel einzutreten.

Mit dem Beschluss des Hauptausschusses, im nächsten Jahr eine politisch orientierte Bundesarbeitstagung durchzuführen, zeigt die GGG, dass ihr Satzungsauftrag, sich für „eine Schule für alle“ einzusetzen, auch nach 50 Jahren zentrale Zielsetzung ihrer Arbeit geblieben ist. Immerhin haben sich die Regierungsparteien in ihrem Koalitionsvertrag zu einem „Jahrzehnt der Bildungschancen“ verpflichtet. Für uns Anlass genug, bei der Ausgestaltung und Umsetzung unsere Expertise einzubringen. Die Vorbereitung soll unter Federführung der Bundesarbeitsgruppe Politik erfolgen.

Die Länderberichte standen unter den Schwerpunkten „Lehrkräfteversorgung“ und „Abschulungen“. Dabei zeigte sich, dass es kaum ein Bundesland gibt, das sich nicht große Sorgen um eine ausreichende Versorgung mit qualifizierten Lehrkräften machen muss. Die Berichte ergaben, dass die Mangelsituation nicht alle Schulen gleichermaßen trifft. Schulscharfe Stellenausschreibungen führen dazu, dass einzelne Schulen standortbedingt bzw. ganze Regionen besonders benachteiligt sind. Eine Herkulesaufgabe für die Politik, die allerdings nicht ganz unverschuldet ist.

In der Diskussion wurde auch deutlich, dass die GGG als Konsequenz ihrer Ablehnung eines selektiven Schulsystems „Abschulungen“ verurteilt. Die Berichte führten eindringlich vor Augen, welche negativen Konsequenzen damit sowohl für die davon betroffenen Schüler\*innen als auch für die aufnehmenden Schulen verbunden sind. Dass „Abschulungen“ kein Randproblem sind, zeigen die nicht unerheblichen Anzahlen in verschiedenen Bundesländern. Gefordert wurde, dass alle Schulen, unabhängig von der Schulform, die einmal aufgenommenen Schüler\*innen bestmöglich fördern und zu einem Schulabschluss führen sollen. Die Schulen des gemeinsamen Lernens dürfen nicht als Ausputzer eines selektiven Systems in die Pflicht genommen werden. Dies gilt auch in Bundesländern, in denen das Zweisäulenmodell etabliert ist.

Zusätzlich wurden in der Hauptausschusssitzung auch viele verbandsinterne Angelegenheiten erörtert und geklärt.

**Quellen:** .....

<sup>1</sup> Vgl. hierzu „Die Schule für alle“ Heft 2021/4, S. 47 – 49, und Heft 2022/1, S. 57

<sup>2</sup> <https://ggg-web.de/z-ueberregional-diskurs/539/stellungnahmen/ggg-pm/1903>

# Gespräch mit der KMK

## zur gymnasialen Oberstufe

### Barbara Riekmann

**Das Gespräch kam auf Initiative der GGG zustande, federführend war die BAG KMK. Anlass waren die politischen Vorhaben zur gymnasialen Oberstufe als Teil der Ländervereinbarungen der KMK vom 15. 10. 2020. Das Kernanliegen der BAG war, den Mitgliedern der KMK-Arbeitsgruppe die Position der GGG hinsichtlich der gymnasialen Oberstufe nahezubringen und gleichzeitig zu erfahren, auf welche Resonanz die Vorstellungen der GGG stoßen würden.**

Am 10. 6. 22 trafen sich, wie geplant von 9.00 bis 10.00 Uhr, in einer Videokonferenz BAG-Mitglieder mit den Mitgliedern der AG „Gymnasiale Oberstufe“ der KMK.

### In Kurzform unsere Positionen und Vorstellungen

- Die GGG vertritt die Schulen des gemeinsamen Lernens, für die die Vielfalt der Schülerschaft gewolltes Prinzip ist. Für die gymnasialen Oberstufen gilt generell, dass die Schülerschaft quantitativ umfangreicher und damit auch diverser und heterogener geworden ist. Die Entwicklung spricht dafür, dass die Lernformen und -methoden auch in der gymnasialen Oberstufe dieser Heterogenität stärker gerecht werden.
- Hinzu kommt, dass in der Arbeitswelt und auch im Zuge zunehmender Digitalisierung überfachliche Kompetenzen zentral werden. Die OECD hat das aktuell in ihrem Lernkompass mit den 21st Century Skills beschrieben.
- Die GGG hat die Sorge, dass mit der Vorgabe des Verfassungsgerichts, „Vergleichbarkeit“ herzustellen, die ohnehin schon geringen Spielräume der Schulen noch weiter verengt werden. Sie hofft, dass seitens der KMK Interpretationsspielräume ausgenutzt werden, um den Schulen mehr Handlungsmöglichkeiten für individuelle, fächerverbindende und projektartige Lernformen zu ermöglichen.

- Die GGG sieht zudem dringend Handlungsbedarf bei der Anpassung und Weiterentwicklung der Prüfungen und Klausuren an eine zeitgemäße Lernkultur. Sie sieht sich mit dieser Forderung auch durch das KMK-Papier „Lehren und Lernen in der digitalen Welt“ vom 9. 12. 2021 bestärkt.
- Ein weiteres Interesse der GGG besteht darin, auszuloten, ob Modellversuche, die zwar Ländersache sind, Zustimmung durch Vertreter: innen der AG erfahren könnten. Es spricht sehr viel dafür, über zeitlich flexible Bildungsverläufe nachzudenken, die in modularisierter Form individualisierte Lern- und Prüfungswege ermöglichen.

### Diskussionspunkte

Aus dem Kreis der AG der KMK wurde betont, dass der vorhandene Rahmen bereits Gestaltungsmöglichkeiten böte und Spielräume für die Gestaltung der gymnasialen Oberstufe vorgeesehen seien (Klausurersatzleistungen, Gruppen- und Präsentationsprüfungen). Diese würden derzeit nicht überall genutzt. In Berlin, so ein Hinweis, laufe ein Modellversuch zum „Hybriden Lehren und Lernen“, der auch alternative Prüfungsformate einschließt.

Erörtert wurde die Frage, dass einzelne Länder mit diesen Vorgaben restriktiver umgingen und Spielräume gerade dort immer erst erkämpft werden müssten. Wünschenswert wäre jedoch, dass Flexibilisierungsmöglichkeiten gestärkt werden, um die Schulen zu alternativen Settings zu ermutigen.

Weitere Aspekte, insbesondere die Frage einer Lockerung der Vorgaben zur Sequentialisierung von Unterrichtsthemen und -inhalten, konnten im Rahmen der knappen Zeit nicht mehr vertieft werden. Unklar musste auch bleiben, welche Grenzen die einzelnen Bundesländer hinsichtlich der von der GGG vorgeschlagenen Öffnungen definieren, und welche Chancen die von der GGG vorgeschlagenen Reformoptionen demzufolge haben (z.B. Modellversuche zur Flexibilisierung von Bildungsverläufen auf Länderebene). Wir bleiben auf jeden Fall dran.

# Bürgerrat Bildung und Lernen

## Bericht vom 2. Bürgerrat in Berlin

### Gerd-Ulrich Franz

**Die Montag Stiftung Denkwerkstatt hatte 2020 angefragt, ob wir als GGG dieses Projekt eines Bürgerrats begleiten würden. Eine gute Gelegenheit, die Kooperation zu stärken und diese Form des Diskurses und der Entscheidung direkt mitzuerleben. Wir haben unsere Unterstützung zugesagt, beteiligten uns an einer Online-Themensammlung und brachten dort unsere dezidierten Erwartungen für eine Schule für alle ein.**

An den Bürgerratsveranstaltungen im Jahr 2021 waren wir nicht beteiligt, wurden aber am 30. 11. 21 in einer Feedback-Runde mit den Stiftungs- und den Durchführungsverantwortlichen über die ersten Ergebnisse der Bürgerräte, auch der beteiligten Kinder und Jugendlichen, informiert. Dieses „Sofortprogramm 2021“ bot einen ersten Einblick in die Strukturen und inhaltliche Qualität der Ergebnisse.

Es zeigte sich insbesondere, dass die Kinder und Jugendlichen sehr nah an ihrem eigenen Alltag orientierte Forderungen an die Politik formulierten. Diese sind aber zum einen an vielen Schulen längst verwirklicht, zum anderen könnten sie vielfach durch engagierte Teilhabe in der Schule unmittelbar umgesetzt werden.

Der Bürgerrat formulierte im Kapitel „Gleiche Chancen für alle Schüler\*innen“ Positionen, die wir als GGG ebenfalls seit Langem vertreten. So stellte sich erstmals die Frage, ob und wie ein Bürgerrat (BR) weiterführende, d. h. über eine aktuelle Praxis und den Diskussionsstand hinausgehende Forderungen überhaupt entwickeln kann, welche Rolle die Fachleute spielen könnten.

### Ablauf des Bürgerrats im 2. Jahr

Im März 2022 bündelte ein Bürgerratsausschuss die Themen und formulierte „Stellschrauben“ für die Umsetzung von „Gleiche Chancen für alle“ in der Schule. Beim digitalen Forum im Juni 22 wurden diese ausführlich diskutiert und Begründungen dazu formuliert – von den ausgelosten/gewählten 175 „Bürgerräten“ (zufällig dabei: Roland Schiefelbein, GGG-NRW), begleitet von

10 Experten, darunter Dieter Zielinski. Hierüber wurde am Ende abgestimmt und diese so gewichteten Aussagen auch zur Materialbasis für den 2. Bürgerrat, der mit ca. 90 Teilnehmern (TN) am 17/18. 9. 22 dann live in Berlin stattfand.

Zentraler Fokus sollte also „Gleiche Chancen für alle“ sein. Der klar moderierte Ablauf folgte den Etappen der Lernbiografie: 0-6 Jahre (Kita), 6-16 (allgemeinbildende Schule), 16-25 (berufliche Bildung). Es standen jeweils Expert\*innen auf Zuruf in den 15 Tischgruppen zur Verfügung, deren Diskussionsergebnisse als Forderungen mit Begründung an den Stellwänden dann allen TN zugänglich waren.

Im nächsten Schritt diskutierten anders zusammengesetzte Tischgruppen, welche der Forderungen wie zusammengefasst und übergreifend ausformuliert werden könnten. Über die je 5 Forderungen zu den biografischen Etappen wurde so zum Schluss von allen TN in einem e-voting abgestimmt. Im Oktober wird ein aus ‚selbstgemeldeten‘ TN und den durchführenden Agenturen gebildeter Redaktionsausschuss diese als „Sofortprogramm 2022“ ausformulieren und in einer Broschüre veröffentlichen. Die TN wurden aufgefordert, ihrerseits in ihrem Umfeld als Botschafter des Bürgerrates die verabschiedeten Forderungen selbst zu verbreiten.

### Rolle der Experten

Die Expert\*innen hatten neben der Bereitschaft zur Beratung der Tischgruppen die Aufgabe, an den Stellwänden die formulierten Ergebnisse einordnen zu helfen und Nachfragen zu beantworten – ohne dabei eigene Positionen einzubringen! Der „allgemeinbildenden Schule“ zugeordnet, erlebte ich so intensive, immer auch wertschätzende Diskussionen an den Tischen und interessierte Nachfragen an den Stellwänden. Schon während der Diskussionsphasen in den Tischgruppen hatten wir Experten Zeit, unsere eigene Rolle und die durch diesen Bürgerrat formulierten Aussagen zu diskutieren. Uns war bewusst, dass die Veranstalter ausschließlich Formulierungen der teilnehmenden Bürger als Ergebnisse aufnehmen wollten. Dies führte zu teils unscharfer Begrifflichkeit, die wir nicht immer

ausschärfen konnten – oder durften! Wir waren uns einig, dass diese Vorgabe dazu beigetragen hat, dass die konkreten Aussagen und Forderungen der Bürger kaum über die aktuellen Diskussionsstände hinausgehen konnten. Eine Expertin brachte zudem ein, dass durch die Maßgabe, die Ergebnisse als „Forderungen der Bürger an die Politik“ zu formulieren, eine unangemessen einseitige Verantwortung nahegelegt und die eigenen Möglichkeiten nicht thematisiert wurden.

### Fazit

In der zeitnah realisierten Feedbackrunde der Expert\*innen mit den Veranstaltern konnten wir diese Bedenken einbringen. Konkret konnten wir verabreden, für unsere Bereiche die jeweils 5 abgestimmten Forderungen einordnend zu kommentieren. Ein Redaktionsausschuss wird über die weiteren Schritte mit den Ergebnissen beraten.

Meine grundsätzliche Einschätzung zu den Anforderungen/Erwartungen an einen Bürgerrat ist nach dieser Erfahrung, dass es weder möglich noch zielführend ist, die Bürgerräte eine komplexe Problemlage ausformulieren zu lassen. Besser erscheint uns, sie vorab offen über die aktuellen Entwicklungsstände zu informieren. Die für eine Veränderung auf verschiedenen Ebenen notwendigen Entscheidungen und deren gesellschaftliche Implikationen sind transparent zu machen. Nur auf dieser Grundlage können Bürgerräte Ziele diskutieren, mit den eigenen Erfahrungen abgleichen, gemeinsam Positionen formulieren und dann stellvertretend für alle Bürger entscheiden. Das ist Anspruch genug und nimmt einen Bürgerrat in seiner Funktion für die Gesellschaft ernst. Nur dann werden die Ergebnisse und Forderungen auch Gehör in der Öffentlichkeit finden und akzeptiert werden können.

### Mitglieder werben Mitglieder

#### Liebes Mitglied,

wir freuen uns, dich an unserer Seite zu wissen. Vielleicht gibt es aber in deiner Schule oder deinem sonstigen Umkreis Menschen, die nur noch einen kleinen Stupps benötigen, um ebenfalls der GGG beizutreten.

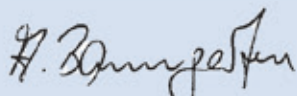
**Nur gemeinsam können wir etwas bewegen!** Auf viele Entwicklungen können wir umso stärker Einfluss nehmen, je stärker wir sind. Hilf unserem Verband und damit also uns allen, weiter zu wachsen und mehr Einfluss und Handlungsspielraum zu gewinnen. Die aktuellen politischen Entwicklungen und Tendenzen fordern unser aller Engagement!

Dein Engagement soll auch belohnt werden. Für jedes von dir gewonnene Neumitglied erhältst du eine **Prämie von 50 €**.

#### So geht's:

Auf [www.ggg-web.de](http://www.ggg-web.de) den Button „Mitglieder werben Mitglieder“ anklicken, das zweiseitige Formular herunterladen, ausfüllen und an die GGG-Geschäftsstelle senden.

Wir freuen uns über deine Unterstützung!



Andreas Baumgarten, GGG-Geschäftsführer